

pracht (Nassau, zugleich für die anhaltischen Fürstenthümer.) Dr. Liebe (Braunschweig, zugleich für Oldenburg und Schaumburg-Lippe.) Dr. Elber (Lübeck). Smidt (Bremen). Dr. Banks (Hamburg.) Blömer.

Berlin, 24. November. Heute ist vor dem Berliner Schwurgerichtshof der erste Prozeß wegen Verbreitung des Beschlusses der ersten preussischen National-Versammlung vom 15. November v. J., betreffend die Nichtberechtigung des Ministeriums Brandenburg zur Erhebung von Steuern, in der Absicht zur Verweigerung der Steuern aufzufordern oder aufzureizen, zur Verhandlung gekommen. Wir sagen der erste, da nach Ankündigung der Staatsanwaltschaft noch mehrere Prozesse gleicher Art in Aussicht stehen.

Die Geschwornen haben die Angeeschuldigten, Hoeslein, Neumann und Budow aus Liebenwalde, für Nichtschuldig erklärt.

— 24. Nov. Die Verhältnisse Schleswig-Holsteins zu Dänemark gehen einer günstigen Entwicklung entgegen. Die Statthaltertschaft in Kiel ist bemüht, zu einer Verständigung und zur Förderung der Friedensunterhandlungen selbst die Hand zu bieten. Sie hat daher ihren bisherigen Geschäftsträger in Berlin, Hrn. v. Liliencron, mit einem Gesuch nach Kopenhagen geschickt, in welchem sie den König, als ihren Landesherrn, bittet, zwischen die streitenden Parteien zu treten und das versöhnende Wort des Friedens zu sprechen. Einen entschiedenen günstigen Einfluß erwartet man von der Wirksamkeit des Hrn. v. Blome (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder, den Grafen Blome aus Salza), welcher auf Veranlassung des englischen und des preussischen Gesandten nach Kopenhagen berufen ist, auf dem Standpunkte der schleswig-holsteinischen Ritterschaft steht, also ein entschiedener Anhänger der Personal-Union ist und während der vorangegangenen Kriegeereignisse sich von den öffentlichen Angelegenheiten fern hielt. Die Reise des preussischen Unterhändlers, Herrn von Usedom, wird diesen auch nach Flensburg führen, ihm von den Zuständen der Herzogthümer ein klares Bild verschaffen und nicht ohne Einfluß auf die Landes-Verwaltung bleiben.

— 24. Nov. Die von Herrn v. Liliencron und Blome von Falkenberg Namens der Statthaltertschaft auf Veranlassung Preussens in Kopenhagen angeknüpften versöhnlichen Unterhandlungen haben schon einen erwünschten Erfolg gehabt. Die beiden officiösen Unterhändler hatten sich einer sehr wohlwollenden Aufnahme zu erfreuen; man nahm ihre Berichte in Ueberlegung, äußerte das Verlangen, die Wünsche der beiden Herzogthümer genau präcisiert zu sehen, und schien eventuel nicht abgeneigt, directe Unterhandlungen mit der Statthaltertschaft einzuleiten. Die Friedens-Unterhandlungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach in Berlin wieder aufgenommen werden, wohin Herr von Usedom zu diesem Zwecke zurückkehren wird, nachdem er sich über die Lage der Dinge in den Herzogthümern informiert hat.

Münster, 25. November. Die „Westfälische Volkshalle“ will erfahren haben, daß in den nächsten Tagen die Bischöfe von Köln, Trier, Münster und Paderborn zu einer Conferenz über die Kirchen und Schulangelegenheiten hier zusammentreten werden.

Kassel, 22. November. In der heutigen Sitzung der Ständerversammlung verlas der Vorstand des Ministeriums des Innern, Herr v. Wizingerode, eine ausführlich motivirte Mittheilung über den Beitritt Kurhessen zu der am 30. Sept. d. J. zwischen Oesterreich und Preußen zu Wien abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt. Eine weitere Mittheilung desselben Ministeriums gibt der Versammlung anheim, in Folge Beschlusses des deutschen Verwaltungsraths zu Berlin wegen der Einberufung des Reichstags, den Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Volkshaus auf die nächste Tagesordnung zu stellen. Beide Mittheilungen wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen, auch der Druck der ersteren beschlossen. Es wurde ein Gesetzentwurf wegen Emittirung eines Anlehens von einer Million Thalern in 4 1/2 pCt. Staatsschuldsscheinen zur Verwendung für die Staatseisenbahn vorgelegt. Herr Pfeiffer H. verkündigte einen Antrag in Beziehung auf Schleswig-Holstein. Herr Bayrhammer begründete seinen Antrag auf Unterfuchung der Verfassung u. s. w. Mäßigkeit des Beitritts zum Berliner Bündniß und der Verkündigung der Einsetzung des Schiedsgerichts. Es wurde beschlossen, diese Begründung erst drucken zu lassen, bevor sie in Erwägung gezogen werde.

R. A. J.

— 24. Nov. Folgendes ist der Wortlaut der kurhessischen Beitritts-Urkunde zum Interim:

Nachdem zu der am 30. September d. J. zu Wien zwischen der k. k. österreichischen und der k. preussischen Regierung abgeschlossenen, von dem Herrn Fürsten Schwarzenberg und dem Herrn Grafen Bernstorff unterzeichneten Convention über die Bildung einer neuen provisorischen Central-Gewalt für Deutschland die aller-

höchste Zustimmung Sr. königl. Hoheit des Kurfürsten erteilt worden ist, und zwar unter dem förmlichen Vorbehalte, daß, wenn bis zum 1. Mai 1850 die deutsche Verfassungs-Angelegenheit noch nicht zum Abschlusse gekommen sein sollte, die Betheiligung an einer den einstweiligen Fortbestand der Convention vom 30. Sept. d. J. betreffenden Uebereinkunft der freien Entschließung der kurfürstlichen Regierung überlassen bleibt, und unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Ausübung der neuen Centralgewalt, unbeschadet der Gleichberechtigung aller Bundesglieder, unter Ausschließung legislativer Acte, sich nur auf Verwaltungs-Angelegenheiten erstrecke, somit auch die Verfassungs-Verhältnisse des Kurstaates nicht berühre, in Folge seines Anschlusses an das zu Berlin am 26. Mai d. J. eingegangene Bündniß besteht, und keine Beeinträchtigung des auf Erlangung einer Reichs-Verfassung gerichteten Zweckes dieses Bündnisses herbeiführe, so erklärt das unterzeichnete kurfürstliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hiermit, unter Wiederholung des oben ausgedrückten Vorbehaltes und der weiter ausgedrückten Voraussetzungen, den Beitritt des Kurfürstenthums Hessen zu der Convention vom 30. September d. J. Kassel, am 20. November 1849.

Kurfürstl. Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) Wizingerode.

Darmstadt, 23. Novemb. Unser Ministerium des Innern hat ein Ausschreiben an sämtliche großherzogliche Regierungs-Commissionen „die Wahlen zum Volkshaus der nächsten Reichs-Versammlung betreffend“ erlassen. Darnach sollen zur Vorbereitung jener Wahlen in den einzelnen Gemeinden alsbald Listen derjenigen Einwohner aufgestellt werden, welche als Urwähler, d. h. zu der Wahl der Wahlmänner, stimmberechtigt werden können.

Deutsche Btg.

Stuttgart, 22. Nov. Es heißt, die derzeit in Kaffatt gefangen sitzenden Württemberger 118 an der Zahl, werden schon in den nächsten Tagen in ihre Heimath zurückkehren und an der Grenze von den badischen Behörden den württembergischen übergeben werden. — Dem Vernehmen nach ist der seitherige Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Hr. v. Sternfels, auf sein Ansuchen zurückberufen und in seine frühere Stelle als Obertribunalrath wieder eingesetzt worden. — Wie man hört, sollen die beschlossenen Veränderungen im Finanzdepartement schon in der kürzesten Zeit bekannt gemacht werden. Die vier Finanzkammern sollen aufgehoben werden und mit dem letzten April künftigen Jahres ihre Thätigkeit beendigen. Dagegen sollen bei dem Finanzministerium drei Sectionen gebildet werden. (s. unt.). Auch soll die Zollverwaltung mit dem Steuercollegium verbunden werden. Andererseits verlautet von einer Aufhebung der Kriegeregierungen nichts. Schw. M.

— Wie wir hören ist vorgestern die neue Organisation unseres Finanzdepartements mit höchster Genehmigung versehen worden. Das Oberfinanzcollegium und die Finanzkammern gehen mit dem 1. Mai 1850 ein; an ihre Stelle treten vier unter den Ministern unmittelbar stehende Sectionen; 1) die Forstsection; 2) die Domainensection; 3) die Ablösungssection; 4) die Bausection.

Durch diese Aenderung werden Tausende von Berichten und Entschließungen erspart, weil der Minister unmittelbar einwirkt. Es werden aber auch viele Referenten u. eben dadurch entbehrlich werden. Die Rechnungsrevisionen fallen der Oberrechnungskammer zu. Die Verordnung über diese Organisation wird dem Vernehmen nach im nächsten Regierungsblatte erscheinen.

— Hiesigen Blättern zufolge hat der ständische Ausschluß in seiner außerordentlichen Sitzung in Bezug auf die Verzögerung (nicht Einstellung) in Papiergeldfabriken seinen Präsidenten beauftragt, „das k. Finanzministerium um Mittheilung der Gründe zu ersuchen, aus denen letzteres sich für berechtigt erachte, in der Vollziehung des Gesetzes vom 1. Juli, so wie des letzten Absatzes vom 29. Juli d. J. einseitig eine Verzögerung herbeizuführen, während sich der ständische Ausschluß gegen jede Theilnahme an der Verantwortung, die aus einer solchen Verzögerung für den Urheber derselben hervorgehen würde, verwahre.“ Zu gleicher Zeit mehrten sich die Eingaben aus den bedeutenderen Städten, welche Ausführung des betreffenden k. Gesetzes verlangen.

— Gestern Abend 6 Uhr ertönte hier die Feuerglocke. Der Brand war in einer der Nähe des Königsbades einzeln stehenden Scheuer ausgebrochen, die mit dem ganzen darin aufgespeicherten Vorrath von Heu und Früchten vollständig niederbrannte.

Aus Baden, 24. Nov. Das Großherzogthum ist jetzt in Militär- und Polizeidistricte für die Zeit des Kriegszustandes eingetheilt worden; ein Corpsbefehl des Generals von Schreckenstem ordnet das Nähere an. In denjenigen Orten, für welche besondere Commandanten ernannt sind, handhaben danach die letztern die Sicherheitspolizei im Cinvernehmen mit dem Vorstande des betreffenden Bezirksamts und erforderlichenfalls auch selbstständig. Der übrige Bezirk einer jeden Division ist durch das Commando in